

E 0 10400 05. Okt. 2022

LANDESHAUPTSTADT



29.09.2022

über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende Co 30 S.

4.10.

Der Magistrat

Dezernat für Umwelt,
Grünflächen und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

über
Magistrat

und
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

an den Ausschuss für Mobilität

29. September 2022

Weiterentwicklung Ländchesbahn konsequent vorantreiben
Antrag der Fraktionen von SPD, Grüne, Linke und Volt vom 08.09.21
Beschluss Nr. 0061 vom 16. September 2021
Vorlagen-Nr. 21-F-63-0009

Mit dem ablehnenden Bürgerentscheid zur CityBahn vom 01. November 2020 ist nicht nur eine Weiterentwicklung Aartalbahn wieder aktuell geworden, auch die Ländchesbahn ist verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. In den letzten Jahren konnten erste Teilerfolge zu Attraktivitätssteigerung der Ländchesbahn erzielt werden, insbesondere durch eine Verdichtung des Fahrplankontakts und Ausdehnung der Betriebszeiten (Linie RB 21). Seit 15. Dezember 2019 verkehrt die Ländchesbahn montags bis freitags tagsüber durchgängig im 30-Minuten-Takt, abends und an den Wochenenden im 60-Minuten-Takt. Weiterhin wurde über den RMV-Stationsentwicklungsplan eine Modernisierung von Stationen angestoßen sowie in der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2021 die Möglichkeit zur Zweigleisigkeit im Bereich des Zulaufs auf Erbenheim gesichert. Trotz einer inzwischen rund 20 Jahre währenden Diskussion mit Ankündigungen zur Aufwertung der Ländchesbahn, scheint bis heute kein Gesamtkonzept vorzuliegen, was zuletzt auch durch die erforderliche Umplanung der Station Erbenheim wegen des „vergessenen“ zweigleisigen Ausbaus mit Elektrifizierung deutlich wurde und zu Irritationen führte.

Beschluss Nr. 0061

Der Antrag wird in folgender Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1) den Sachstand für ein Gesamtkonzept für die Entwicklung der Ländchesbahn darzulegen. Dies beinhaltet auch die Elektrifizierung der Strecke.

2) darzulegen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Betrieb von Wasserstoff-, Akku oder Hybridzügen im Hinblick auf den emissionsfreien Betrieb eine Alternative zur Elektrifizierung darstellen würde.

3) einen aktuellen Sachstand zu den bisherigen planerischen und verkehrlichen Untersuchungen der Ländchesbahn beim Betreiber der Strecke zu erfragen und darzulegen, was bis wann davon umgesetzt werden kann. Dies gilt insbesondere für die folgenden Aspekte:

- die bisher vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung von Streckeninfrastruktur, betrieblichen Abläufen und weiteren Angebotsverdichtungen.
- den Sachstand zur Einbindung der Ländchesbahn in den Deutschlandtakt.
- den Sachstand zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Wiesbadener Hauptbahnhofs mit Einbindung der Ländchesbahn.

4) den Betreiber um eine Fertigstellung und Veröffentlichung der Gesamtkonzeption zu bitten.

5) darzulegen, ob und gegebenenfalls wann ein Finanzbedarf bei der Landeshauptstadt Wiesbaden entsteht.

6) zu prüfen, ob und in welcher Form ein zusätzlicher Haltepunkt der Ländchesbahn an der Mainzer Straße perspektivisch zu einem verkehrlichen Nutzen führen könnte.

Die Anfrage beantworte ich wie folgt:

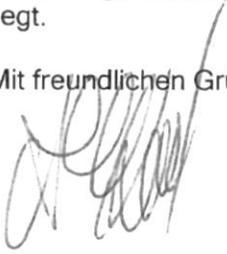
Der Schienenverkehr und damit auch die Ländchesbahn gewinnen in Wiesbaden zunehmend an Bedeutung. Dezernat V steht hierzu im engen Kontakt mit dem für den regionalen Schienenpersonennahverkehr verantwortlichen Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV). RMV und die Deutsche Bahn AG streben an, in enger Zusammenarbeit eine Gesamtkonzeption für die Ländchesbahn zu entwickeln.

Vorab wird derzeit unter Federführung des Wiesbadener Stadtplanungsamtes die Machbarkeit eines weiteren Bahnhaltepunktes auf der Ländchesbahn im Rahmen der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) Ostfeld untersucht. Die Regionalversammlung Südhessen hat in diesem Kontext die Maßgabe der Planung, Herstellung und Inbetriebnahme von Schienenanschlüssen für den Behördenstandort und das urbane Stadtquartier vorgegeben. Ein erster Baustein hierfür ist die Errichtung eines aufwärtskompatiblen Bahnsteigs an der Ländchesbahn zur Anbindung des dort zukünftig angesiedelten Bundeskriminalamtes (BKA). Bestandteil dieser Untersuchung ist ebenfalls die Prüfung eines weiteren Haltepunkts der Ländchesbahn im Bereich der Mainzer Straße.

Erste Abstimmungsgespräche zur Planung und Realisierung des BKA-Haltepunkts wurden mit der Deutsche Bahn AG, dem RMV, dem Land Hessen, den Planungsbüros, ESWE Verkehr sowie den Dezernaten und Ämtern der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgeführt. Bei der konstituierenden Sitzung eines Runden Tisches „Schienengebundener Verkehr in Wiesbadens Osten - Behördenstandort BKA und urbanes Stadtquartier“ am 18. Mai 2022 unter Leitung des Mobilitätsbeauftragten des Landes Hessen Herrn Volker Sparmann, an dem u. a. auch Herr Staatssekretär Jens Deutschendorf und Herr Oberbürgermeister Mende teilnahmen, wurde die Bedeutung dieses Projekts betont und eine generelle Unterstützung bei der Realisierung zugesagt.

Die Planung der Haltepunkte für das BKA und im Bereich der Mainzer Straße sind erste Bausteine für die Entwicklung der Ländchesbahn, ersetzen jedoch nicht die dringend notwendige Gesamtkonzeption, deren Erarbeitung in der Verantwortung von RMV und DB liegt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly 'A. Schmidt', written over the closing text.